

Übersicht

über die von den **Planungs- und Verkehrsausschüssen Bonn/Rhein-Sieg-Kreis** in ihrer **4. Gemeinsamen Sitzung am 02.11.2016** gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	Kenntnisnahme	--
1.1	Anerkennung der Tagesordnung	PVA BN/RSK 18/16 Anerkennung der Tagesordnung	RSK: einstimmig Bonn: MB ./ BBB
1.2	Genehmigung der Niederschrift der 3. Gemeinsamen Sitzung am 05.04.2016	anerkannt	--
2	Vorstellung aktueller Bau- und Sanierungsmaßnahmen an verkehrsbedeutenden Straßen in der Region - Rechtzeitige und umfassende Information durch den Landesbetrieb Straßen.NRW -	Kenntnisnahme	--
	3		
	Mitteilungen und Anfragen		
3.1	Ersatzbau für den abgängigen Teil der BAB 565 zwischen der AS Bonn-Poppelsdorf und dem AK Bonn-Nord	Kenntnisnahme	--
3.2	Radweg Deutsche Einheit	Kenntnisnahme	--
3.3	StadtUmland.NRW: Nominierung des Wettbewerbbeitrags „BonnUmland – sharegion“ für die zweite Phase des Projektaufrufs	Kenntnisnahme	--
3.4	Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden	Kenntnisnahme	--
3.5	Mitteilungen der Verwaltungen	--	--
	Nichtöffentlicher Teil		
4	Mitteilungen und Anfragen	--	--

Es gab keine Beschluss-Empfehlungen für KA/KT.

Niederschrift

über die in der 4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:35 Uhr
Ort der Sitzung: Bonn, Ratssaal
Datum der Einladung: 19.10.2016
Einladungsnachtrag vom:

Anwesende Mitglieder (Rhein-Sieg-Kreis):

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Christoph Fiévet	Vertreter für Herrn Chauvistré, Norbert
Herr Björn Franken	
Herr Franz Gasper	
Herr Hans-Peter Höhner	
Herr Oliver Krauß	
Herr Joachim Kühlwetter	
Herr Raimund Schink	Vertreter für Herrn Kitz, Marcus
Herr Christian Sieberg	
Herr Helmut Weber	

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Ute Krupp
Herr Björn Seelbach

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Ingo Steiner
Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Sachkundige Bürger CDU

Herr Guido Koch	
Herr Lucas Schult	Vertreter für Herrn Seifert, Werner
Herr Christian Stock	
Herr Frederic Tewes	Vertreter für Herrn Beer, Klaus

Sachkundiger Bürger SPD

Herr Tobias Leuning	Vertreter für Herrn Schlömer, Dirk
---------------------	------------------------------------

Sachkundiger Bürger GRÜNE

Herr Michael Schroerlücke

Sachkundiger Bürger FUW/Piraten

Herr Hermann-Josef Nöthen

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Sachkundiger Bürger DIE LINKE

Herr Dirk Wichmann

Vertreter für Herrn Kemper, Frank

Stellvertretende Schriftführerin

Frau Gisela Jacob

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Norbert Chauvistré

Herr Marcus Kitz

Herr Tim Salgert

Kreistagsabgeordnete SPD

Frau Gisela Becker

Herr Volker Heinsch

Herr Dietmar Tandler

Sachkundige Bürger CDU

Herr Klaus Beer

Herr Werner Seifert

Sachkundige Bürger SPD

Herr Mario Dahm

Herr Ömer Kirli

Herr Dirk Schlömer

Sachkundige Bürger FDP

Herr Klaus Reker

Sachkundiger Bürger AfD

Herr Peter Kurth

Anwesende Mitglieder (Bundesstadt Bonn):

Vorsitzender:

Herr Stv. Beu -GRÜNE-

CDU:

Stv. Moll

Stv. Reinsberg

Stv. Burgsmüller

AM Burgunder

AM Brüggemann ab 18.10h

Bzv. Maiwaldt

AM Prinz

SPD:

Stv. Esch

Bzv. Schröder-Diederich

Stv. Gohr

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

	Stv. Dr. Redeker Bzv. Groß
GRÜNE	Stv. Heinzl Stv. Lohmeyer AM Uhlig
FDP:	AM Kivelip AM Decker Stv. Thomas
LINKE:	Stv. Schmidt
BBB:	Stv. Schmitt
AfB:	Stv. Rosendahl
Die Piraten:	AM Brückel
Liberale Liste	AM Thornton
Behindertenge- meinschaft Bonn eV.	AM Hachenberger

Vertreter/-innen der Verwaltung (Bundesstadt Bonn):

Herr AL Isselmann, Herr Haux, Herr Smydra, Frau Wagner, Frau Stoffer, Amt 61
 Herr AL Braun, Amt 62
 Herr Pieper, Amt 66
 Frau Ueding, Schriftführerin
 Herr Rosenberg, stv. Schriftführer

Vertreter der Verwaltung des Rhein-Sieg-Kreises:

Herr Dr. Tengler Leiter des Referates Wirtschaftsförderung
 und Strategische Kreisentwicklung
 Herr Jaeger Dezernent
 Herr Dr. Sarikaya Stellvertretender Wirtschaftsförderer
 Herr Dr. Berbuir Fachbereichsleiter Verkehr und Mobilität
 Herr Pütz Leiter des Straßenverkehrsamtes

Gäste:

Herr Frings, Straßen.NRW, Regionalniederlassung Vile-Eifel
 Herr Löchter, Straßen.NRW, stellvertretender Leiter der Pressestelle
 Herr van Bebber, Autobahnniederlassung Krefeld
 Herr Seul, Niederlassung Vile-Eifel

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

1	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
---	---	--

Die Schriftführung für die 4. Gemeinsame Sitzung oblag der Stadt Bonn. Die mit dem Ausschuss-Vorsitzenden der Bundesstadt Bonn, Herrn Stv. Beu, abgestimmte Niederschrift wurde inhaltlich übernommen und formal den Erfordernissen des Rhein-Sieg-Kreises angepasst.

Für den Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Stadt Bonn wurde die Sitzung im Anschluss an die gemeinsamen Tagesordnungspunkte mit einer Haushaltssitzung fortgesetzt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- (Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn) begrüßte die Anwesenden und wies darauf hin, dass nach der städtischen Hauptsatzung formal zuerst Große Anfragen zu behandeln seien. Zur heutigen Sitzung sei eine Große Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.10.2016 zum Sachstand Bonn-Center eingereicht worden. In Übereinstimmung mit den Anwesenden wurde mit Rücksicht auf die Anwesenden Gäste des Rhein-Sieg-Kreises einvernehmlich vereinbart, die Große Anfrage, die lediglich den Bonner Planungsausschuss betraf, im Anschluss an die gemeinsamen Tagesordnungspunkte zu beraten.

Herr **Lukas Schult -CDU-** wurde durch den Ausschuss-Vorsitzenden Herrn Abg. **Steiner** –GRÜNE zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Die Verpflichtungsformel lautete:

„Ich verpflichte mich, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können unparteiisch und ohne Ansehen der Person ausüben, dass ich gewissenhaft Verfassung und Gesetze befolgen, für das Wohl der Stadt arbeiten und ihr unbestechlich und ohne Eigennutz dienen werde. So wahr mir Gott helfe.“

(Die Verpflichtungsformel konnte auch ohne die religiöse Beteuerung geleistet werden.)

1.1	Anerkennung der Tagesordnung	
-----	------------------------------	--

Die mit der Einladung vom 19.10.2016 übersandte Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung wird anerkannt.

Es bestand Einvernehmen, TOP 2 „Vorstellung aktueller Bau- und Sanierungsmaßnahmen an verkehrsbedeutenden Straßen in der Region – Rechtzeitige und umfassende Information durch den Landesbetrieb Straßen.NRW -“ und TOP 3.1 „Ersatzbau für den abgängigen Teil der BAB 565 zwischen der AS Bonn-Poppelsdorf und dem AK Bonn-Nord“ zusammen zu beraten.

Der Dringlichkeitsantrag der BBB-Fraktion, **Interkommunale Zusammenarbeit**, wurde **nicht** in die Tagesordnung aufgenommen:

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Zunächst erläuterte **Herr Stv. Schmitt** –BBB- den Dringlichkeitsantrag und begründete die Notwendigkeit der Aufnahme des TOP in die Tagesordnung. Anschließend erfolgte eine Gegenrede seitens **Herrn Stv. Moll** –CDU-. Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- ließ sodann abstimmen und stellte die Nichtaufnahme des Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung **mit Mehrheit gegen BBB und AfB bei Enthaltung LINKE und PIRATEN** fest.

Der nicht in die Tagesordnung aufgenommene Dringlichkeitsantrag hatte folgenden Inhalt:

Der Planungsausschuss bittet den Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Herrn Sebastian Schuster, seine Kritik an der Bundesstadt Bonn in Bezug auf die interkommunale Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Gewerbeflächen und dem Wohnungsbau näher zu erläutern.

Begründung

Einem Pressebericht zufolge soll der Landrat anlässlich einer Rede beim Forum für internationale Begegnung „Colloquium Humanum“ am 20. Oktober 2016 der Stadt Bonn vorgeworfen haben, bei der Entwicklung von gemeinsamen Konzepten für Gewerbeflächen und Wohnungsbau im Gegensatz zum Kreis zu langsam zu agieren. Um die wünschenswerte regionale Kooperation zu verbessern, sollte die geäußerte Kritik präzisiert und die aus Sicht des Landrates seitens der Stadt Bonn zu ergreifenden Maßnahmen konkret benannt werden.

B.-Nr.
PVA
BN/RSK
18/16

Die mit der Einladung vom 19.10.2016 zur 4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis übersandte Tagesordnung wird anerkannt.

Abst.-
Erg.:

RSK: einstimmig
Bonn: MB ./. BBB-Fraktion

1.2	Genehmigung der Niederschrift	
-----	-------------------------------	--

Die Niederschrift über die zur X/18. gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz mit dem Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises am **05.04.2016** wird genehmigt.

Für den Rhein-Sieg-Kreis wurde die Niederschrift für die 3. Gemeinsame Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 24.05.2016 versandt und in der Sitzung am 23.06.2016 einschließlich der Korrektur zu TOP 2.1 anerkannt.

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
2	Vorstellung aktueller Bau- und Sanierungsmaßnahmen an verkehrsbedeutenden Straßen in der Region - Rechtzeitige und umfassende Information durch den Landesbetrieb Straßen.NRW -	

Zunächst begrüßten die Vorsitzenden der beiden Ausschüsse, Herr Abg. **Steiner** – GRÜNE- und Herr Stv. **Beu** –GRÜNE-, die Vertreter des Landesbetriebs Straßen NRW, Herrn Bernd **Löchter**, Herrn Helmut **Frings**, Herrn Hans-Werner **Seul** und Herrn Jochen **van Bebber**.

Sodann stellte Herr **Löchter** (zentrale Kommunikation des Landesbetriebs Straßen NRW) ausführlich die Herausforderung großer Baumaßnahmen als Kommunikationsprojekte am Beispiel Kreuz Leverkusen und weiteren Maßnahmen dar. Hierbei ging er auf die Rolle der Presse ein, mittels derer die Akteure der Region angesprochen, Informationen weitergegeben und Verständnis der Betroffenen erreicht werden sollte.

Bonn verfüge als ehemalige Bundeshauptstadt über sehr rege Medien, mit denen er im ständigen Kontakt stehe. Dadurch, dass es in Bonn keinen geschlossenen Straßenbauring gäbe, bestünden hier auch besondere verkehrliche Herausforderungen. Der sechstreifige Ausbau, die Brückenverstärkung und der Brückenneubau machten es nun notwendig, dass über Printmedien und die klassische Pressearbeit hinaus eine erweiterte Kommunikation erfolge, so z.B auch durch soziale Medien wie twitter und facebook.

Herr **Löchter** räumte ein Kommunikationsdefizit in der vorausgegangenen Woche bei einer Maßnahme auf der A565 Nordbrücke ein. Er bedauerte, dass zum Einzug einer Fahrspur keine Pressemitteilung herausgegangen sei und sich in der Folge ein Stau bis auf die A59 zurück gebildet hätte. Er hinterfragte allerdings, ob ein Stau an einem Montag nach den Herbstferien durch verbesserte Kommunikation hätte vermieden werden können.

Informationen zu den zahlreichen anstehenden Maßnahmen und das Erzeugen von Verständnis seien derzeit die größten Anliegen von Straßen NRW. Belastungen für die Autofahrer seien jedoch bei den Maßnahmen nicht auszuschließen, es werde Staus, Lärm und Staub geben. Weiterhin gäbe es starke Bemühungen, möglichst wenig Menschen zu beeinträchtigen.

Er unterstrich den langfristigen Vorteil für alle Beteiligten, wenn in einigen Jahren die anstehenden Maßnahmen abgeschlossen sein werden. Es sei ein möglichst großer Ausgleich der Interessen aller herbeizuführen. Die Kommunikation könne und solle nach Beratung durch eine externe Beratungsfirma in den nächsten Jahren nachfolgend verlaufen:

Zunächst sei ein Koordinator mit einem zentralen Ansprechpartner, einem Projektkoordinator, festzulegen. Noch im November 2016 solle eine „Dialoggruppe Bonner Maßnahmen“ von ca. dreißig Mitgliedern aus Verwaltung, Politik, Unternehmen, Rettungsdiensten etc. gebildet werden. Diese Gruppe werde über alle Planungen informiert und solle zweimal im Jahr tagen. Die DB, die ÖPNV-Vertreter sowie die Anlieger seien in die Kommunikation einzubeziehen. Ggf. würden auch kleine Arbeitsgruppen gebildet, um den direkten Kontakt zu den Leuten, die es angehe, zu suchen (Stakeholder).

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

In Planung seien hierzu auch ein Logo bzw. ein Slogan für die Wiedererkennung zusammenhängender Maßnahmen, ein aktueller und gut gepflegter Internetauftritt, schnelle (und aus Erfahrung auch kostengünstige) Newsletter, Grundsatzflyer, Erklärvideos, Simulationen, eine „Bonn App“ mit pushmails bei Staus, anlassbezogene Bürger-veranstaltungen, Infostände in der Fußgängerzone, Internettagebücher betroffener Autofahrer etc.

Herr **Löchter** äußerte abschließend hinsichtlich der Dialoggruppe seine große Zuversicht für die kommende Kommunikation und warb noch einmal um Verständnis. Für die Zukunft sagte er die bestmögliche Information bzw. Kommunikation zu.

Herr Abg. **Steiner** –GRÜNE- äußerte sich sehr kritisch über den vorausgegangenen Informationsfluss. Er wies darauf hin, dass die unangekündigte Baustelle auf der Nordbrücke in der vorausgegangenen Woche den Verkehr für zwei Tage still gelegt habe. Er wies auf andere Maßnahmen der Vergangenheit hin, bei denen die Kommunikation ebenfalls versagt habe (Impekoven). Bei der zurückliegenden Nordbrückensanierung hingegen sei auf massiven Druck aus der Politik hin eine deutlich bessere Kommunikation erreicht worden. Er forderte ausdrücklich ein, dass nicht in ausführlicher Breite über das gesprochen werde, was hätte gemacht werden können, sondern über das, was nun unternommen werden würde.

Herr Stv. **Moll** –CDU- forderte für die Zukunft ausführliche und zeitnahe Informationen. Die Herren Stv. **Dr. Redeker** –SPD-, Herr Abg. **Krauß** –CDU-, Herr SkB. **Schult** –CDU- und Herr Abg. **Krauß** –CDU- („unterirdische Kommunikation“) schlossen sich den vorausgegangenen negativen Bewertungen der Kommunikation durch den Landesbetrieb Straßen NRW und den Forderungen nach deutlich verbesserter Information aller Beteiligten entschieden und sehr nachdrücklich an.

Herr **van Bebber** umriss den aktuellen Planungsstand von zehn Baustellen. Hierbei ging er auf mehrere zu sanierende Brückenbauwerke der A 565 sowie den langfristig sechsspurig auszubauenden Autobahnring ein. Er erläuterte weitere Bauarbeiten auf der A 555 in Richtung Bonn für das zweite und dritte Quartal 2017. Nach Sanierung der Seitenstreifen folge die der Fahrbahn, bis Ende 2017 würde eine Analyse für die Nordbrücke vorliegen, welche auf Bonner Seite kurzfristig verstärkt werden müsse, noch bevor die Grundsanierung beginne.

Für 2018 sei außerdem die Brücke der Autobahn 565 über der Villemombler Straße durch eine neue Brücke zu ersetzen. Diese müsse dem vom Bund geforderten sechsspurigen Ausbau des Bonner Autobahnringes entsprechen.

Der Landesbetrieb plane, dem Bund noch im November 2016 drei Planungsvarianten für den Tausendfüßler in Hoch - und Tieflage vorzustellen. Für diesen Abschnitt laufe 2022 die Restnutzungsdauer ab, danach drohe eine Sperrung.

Herr **Frings** -Landesbetriebs Straßen NRW- erläuterte zwei Maßnahmen im Zuge des achtstreifigen Ausbaus der A59. Anschließend wurden mit ihm und Herrn van Bebber fachliche Fragen und Anregungen von Frau Abg. **Krupp** –SPD-, Herrn Stv. **Schmitt** –BBB-, Herrn SkB. **Schoerlücke** –GRÜNE- und Herrn AM **Prinz** –CDU- beantwortet bzw. diskutiert.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- erkundigte sich nach der Zu-

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

kunft der Auffahrt Tannenbusch, die nach Auskunft von Herrn **Frings** erhalten bleiben solle, auch wenn es im Rahmen der Baumaßnahmen zu temporären Vollsperrungen kommen werde.

Herr Stadtbaurat **Wiesner** –Dezernat III- hinterfragte den Begriff „Zufuhr Regelungsanlagen“. Die Verdrängung des Verkehrs auf untergeordnete Straßen, also Verlegung des Staus von der Autobahn in die Stadt und somit in das kommunale Netz, werfe neben den Auswirkungen auf den Verkehrsfluss auch mit Blick auf NO₂-Werte erhebliche Fragen auf.

Herr **van Bebber** wies auf die Priorität des Verkehrsflusses auf den Bundesautobahnen hin, in der Konsequenz müsse der Verkehr teil- und zeitweise in das untergeordnete Netz abgegeben werden, Kompromisse seien erforderlich. Die Anlage würde ausgeschaltet, sobald Stauerscheinungen im untergeordneten Netz anfielen.

Herr Stadtbaurat **Wiesner** –Dezernat III- betonte, dass –europaweit- auch andere Prioritäten bestünden und verwies beispielhaft auf das Thema Luftreinheit. Er forderte die bislang noch ausstehenden Abstimmungen mit den Kommunen und aussagekräftige Prognosen und Einschätzungen ein.

Herr **Dr. Sarikaya** -Stellvertretender Wirtschaftsförderer- bat um Auskunft, ob sich der Landesbetrieb Straßen NRW mit seinen Niederlassungen auch personell auf die zahlreichen Aufgaben, die vom Bund beschlossen wurden, eingestellt habe. Herr **van Bebber** gab hierzu an, dass Kapazitäten vorhanden und die Aufgaben entsprechend ihrer Priorisierung bearbeitet würden. Darüber hinaus würden ggf. auch externe Ingenieurbüros in Anspruch genommen.

Herr SkB. **Schoerlücke** –GRÜNE- bat um Erklärungen dazu, dass –auf der Grundlage der Unterlagen des Landesbetriebs Straßen NRW- nur für einen Nutzungszeitraum von rund zwei Jahren eine Grundsanie rung der Fahrbahn bis 2019 vorgenommen werde, obwohl bis 2026 eine vollständige Erneuerung des Tausendfüßlers mit zwei neuen Brückenabschnitte erfolgen solle. Hier sei eine vermeidbare Baustelle, mit der unnötiger Stau produziert werde. Auch mit Blick auf die erwartbare Umweltbelastung durch Stau in der Baustelle sei wenigstens zu prüfen, ob die Maßnahme auch in einem viel geringerem Maße durchführbar sei.

Herr **van Bebber** führte zu den geplanten Verkehrsbeeinflussungsanlagen aus, dass dabei von einer Zentrale aus Geschwindigkeiten geschaltet würden, um den Verkehr flüssig zu halten. Diese Streckenbeeinflussungsanlage würden grundsätzlich positiv bewertet.

Nach weiteren Ausführungen seitens Herrn **Frings** –Landesbetrieb Straßen NRW- äußerte der Ausschussvorsitzende Herr Abg. **Steiner** –GRÜNE- seine Erwartung, dass der Bund in der Sache nicht allein beschließen, sondern auch eine Beratung in den Kommunen und Ausschüssen vorangehen lassen werde.

Herr Stv. **Moll** –CDU- richtete an die Vertreter des Landesbetriebs Straßen NRW weitere Fragen hinsichtlich der Projekte, die im weiteren Bedarf mit Planungsrecht lägen. Er sprach den Autobahnnetzschluß im Bonner Süden, ein Projekt, das nicht im vordringlichen Bedarf liege, an. Er wünschte Auskunft, ob für ein solches Projekt Kapazitäten frei gemacht werden und eine Umsetzung in Angriff genommen werden könne.

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Er wünschte eine Auskunft, wie lange die Planung für die Maßnahme zur geplanten Bundesstraße zwischen der B56, der A3 und der 565 dauern würde.

Frau Stv. **Reinsberg** –CDU- wünschte Auskunft zum vormals bereits angeregten Anschluss Schlesienstraße an das Kreuz Bonn Nord. Sie äußerte darüber hinaus ihre Sorge, dass der für die Baumaßnahmen angegebene Zeitrahmen nicht eingehalten werden könne und sich die aus den Baumaßnahmen resultierenden Probleme noch viel größer als erwartet darstellen würden. Sie bat den Landesbetrieb Straßen NRW nachdrücklich, zumindest die Zusage der frühzeitigen Information aller Beteiligten einzuhalten.

Herr **van Bebber**- Landesbetrieb Straßen NRW- stellte in Beantwortung der Frage von Herrn Moll –CDU- fest, dass Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan, die im weiteren Bedarf stünden, und für die seitens der Bundesregierung ein Planungsauftrag an die Straßen NRW existiere, bearbeitet würden. Für alles weitere würde erst ein weiterer Auftrag durch die Bundesregierung notwendig.

Herr **Frings** -Landesbetrieb Straßen NRW- äußerte zur B56, dass diese zur Zeit für den weiteren Bedarf mit Planungsmöglichkeit bzw. Planungsrecht vorgesehen sei, dennoch müsse hier erst vom Bund oder Land ein Planungsauftrag an den Landesbetrieb erteilt werden, damit dieser auch planerisch tätig werden könne.

Zur Schlesienstraße verwies Herr **Frings** auf die Verkehrsuntersuchung, die vorab durchgeführt worden sei. Dabei sei durch den Anschluss Schlesienstraße keine nennenswerte Problemlösung oder Verkehrsentslastung in diesem Bereich festgestellt worden. Sollte diese Anschlussstelle gewünscht werden, müsste die Stadt Bonn dies deutlich mit dem Bund kommunizieren, der darüber zu entscheiden habe.

Der Ausschussvorsitzende Herr Abg. **Steiner** –GRÜNE- betonte abschließend die Sorgen der beiden Ausschüsse, die sich beim Blick auf die kommenden Baumaßnahmen auch nach dieser Aussprache eher verstärkt hätten. Er bedankte sich im Namen der Beteiligten bei den anwesenden Vertretern des Landesbetrieb Straßen NRW für deren Erscheinen und Beiträge.

Anmerkung der Schriftführung:

Die im Ausschuss gezeigten Grafiken zu den anstehenden Baumaßnahmen sind der Niederschrift als Anlage hinzugefügt.

3	Mitteilungen und Anfragen	
----------	----------------------------------	--

3.1	Ersatzbau für den abgängigen Teil der BAB 565 zwischen der AS Bonn-Poppelsdorf und dem AK Bonn-Nord	
-----	---	--

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilungsvorlage der Verwaltung.

Im Übrigen wird auf die Beratungen zu TOP 2 verwiesen.

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
3.2	Radweg Deutsche Einheit	

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von der Mitteilungsvorlage der Verwaltung.

Der Ausschussvorsitzende Herr Abg. **Steiner** –GRÜNE regte an, die Rolle der Region an der Deutschen Einheit angemessen an der Wegeführung des Radweges Deutsche Einheit zu berücksichtigen. Hierzu gehöre nicht nur, dass der Radweg am Verkehrsministerium in Bonn ende, sondern auch die wesentlichen Orte sowohl im rechts- als auch im linksrheinischen Gebiet umfasse. Dies würde den Radweg auch touristisch aufwerten.

Herr Stv. **Dr. Redeker** –SPD- gab seiner Befürchtung Ausdruck, dass der Bund bereits entschieden habe, obwohl sich die Region deutlich mit ihren Anregungen geäußert habe. Er bedauerte, dass der Rhein-Sieg-Kreis überhaupt nicht berücksichtigt worden sei, im Bonner Abschnitt führe der Radweg auch an nicht erwähnten Punkten entlang, die hinsichtlich der Deutschen Einheit interessant seien. Dazu nannte er die gesamten amerikanischen Einrichtungen und die Botschaften. Hierauf sollte noch ergänzend hingewirkt werden.

Herr Stv. **Moll** –CDU- bestätigte die Kritik an den nicht erwähnten Standorten und äußerte mit Blick auf alle anderen Bonner Anstrengungen zum Radverkehr die Erwartung, dass der Radweg Deutsche Einheit einen qualitativen Anspruch erfüllen solle, auch wenn hier nicht alle (Bonner) Vorstellungen verwirklicht worden seien.

Außerdem regte er an, dass der Rat bzw. der Planungs-ausschuss bei nächster Gelegenheit eine Resolution an den Bund aussprechen solle, dass die Region mit dem Beschluss nicht zufrieden sei und künftig entsprechende Ausgleichsmöglichkeiten gesucht werden sollten.

Herr Abg. **Seelbach** –SPD- schloss sich der Einschätzung an und wünschte darüber hinaus noch eine Beschilderung, die auch auf andere Sehenswürdigkeiten der Region hinweise.

Der Ausschussvorsitzende Herr Abg. **Steiner** –GRÜNE schloss sich dem Vorschlag einer gemeinsamen Resolution an.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- wünschte eine zusätzliche Beratung im Bonner Planungsausschuss.

3.3	StadtUmland.NRW: Nominierung des Wettbewerbbeitrags „BonnUmland – shareregion“ für die zweite Phase des Projektaufrufs	
-----	--	--

Herr Stv. **Lohmeyer** –GRÜNE- wies zunächst darauf hin, dass die Politik nicht ausreichend einbezogen worden sei und wünschte, dass dies künftig von der Verwaltung anders gehandhabt werde. Rechtzeitiges Einbinden und zeitnahe Informationen werden ausdrücklich gewünscht.

Herr SkB. **Nöthen** –FUW-Piraten- bat um Informationen zum weiteren Ablauf.

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Herr Stadtbaurat **Wiesner** –Dezernat III- verwies auf den in den Sommerferien mit sehr kurzer Fristsetzung eingegangenen Projektauftrag des Landes. Die Verwaltung sei direkt tätig geworden und habe den Planungsausschuss bei erster Möglichkeit informiert, dies sei sowohl schriftlich (mit Vorlage) als auch mündlich erfolgt.

Herr Stv. **Dr. Redeker** –SPD- betonte die Bedeutung für die Bonner und äußerte sich erfreut über die Entwicklung.

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- wünschte, dass die Politik weiterhin durch die Verwaltungen informiert werde.

Verschiedene Fragen seitens Herrn Stv. **Schmitt** –BBB- zur interkommunalen Zusammenarbeit riet Herr Ausschuss-vorsitzender Abg. **Steiner** –GRÜNE im Bonner Planungs-ausschuss zu stellen bzw. direkt an den Landrat zu richten.

Herr Stv. **Moll** –CDU- betonte die Bedeutung des Prozesses eines interkommunalen Ausgleichs, zeigte sich erfreut darüber, dass durch den gewonnenen Wettbewerb Fördermittel zu verzeichnen seien und bedankte sich bei der Verwaltung für das Engagement.

Herr **Dr. Tengler** -Wirtschaftsförderer/Leiter des Referates Wirtschaftsförderung und Strategische Kreisentwicklung- erläuterte die hierbei bedeutende Funktion des Rhein-Sieg-Kreises und verwies beispielhaft auf die Gewerbeflächenplanung. Hier sei der RSK initiativ gewesen und würde sich weiterhin koordinativ einbringen. Das Gewerbeflächenkonzept werde zeitnah vorgelegt, als nächstes wichtiges Thema folge Wohnen bzw. Wohnraum in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis. Das Stadtumlandprojekt sei genau das richtige Instrument, hier zusätzlich auch eine finanzielle Förderung zu erhalten.

Der Ausschussvorsitzende Herr Abg. **Steiner** –GRÜNE- schlug abschließend vor, das Thema Wohnen zum Schwerpunkt der nächsten Sitzung zu machen.

3.4	Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden	
-----	--	--

Der Ausschussvorsitzende Herr Stv. **Beu** –GRÜNE- wies darauf hin, dass in Abstimmung mit den Planungssprechern der Fraktionen und den beiden Verwaltungen die Termine für die gemeinsamen Sitzungen der Planungs- und Verkehrsausschüsse der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises nunmehr für den

24.05.2017 im Kreishaus Siegburg

und den

19.10.2017 im Rathaus Beuel

festgesetzt worden seien.

4. Gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis am 02.11.2016		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

3.5	Mitteilungen der Verwaltungen	
-----	-------------------------------	--

Es lagen keine aktuellen Mitteilungen vor.

Ende des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

4	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Ingo Steiner
Vorsitzender

Gisela Jacob
Schriftführerin